

Stand: 19.01.2026 23:02:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/55

"Erfolgreicher bayerischer Weg bei der Energiewende"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/55 vom 30.11.2023
2. Beschluss des Plenums 19/64 vom 30.11.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 5 vom 30.11.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Kerstin Schreyer, Dr. Stefan Ebner, Andreas Kaufmann, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Josef Schmid, Steffen Vogel und Fraktion (CSU)

Erfolgreicher bayerischer Weg bei der Energiewende

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die umfassenden, ambitionierten und erfolgreichen Schritte der Staatsregierung für eine nachhaltige und langfristig klimaneutrale Energiewende im Freistaat. Hierzu gehören insbesondere

- das ambitionierte Bayerische Klimaschutzgesetz (BayKlimaG) und das umfassende Klimaschutzprogramm,
- die Reform des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes (BayDSchG) mit dem Ziel, den Denkmalschutz besser mit dem Ausbau von Erneuerbare-Energie-Anlagen (EE-Anlagen) vereinbaren zu können,
- das umfangreiche Informationsangebot des Energie-Atlas Bayern als zentrales Portal der Staatsregierung für Energiesparen, Energieeffizienz und zu erneuerbaren Energien,
- das erfolgreich abgeschlossene Förderprogramm für Photovoltaik (PV)-Speicher-Anlagen,
- die zukunftsweisende Wasserstoffstrategie, welche wir insbesondere durch das Zentrum Wasserstoff.Bayern (H2.B) intensiv vorantreiben, u. a. durch die Landesförderung von Elektrolyseuren und Wasserstoff-Tankstellen,
- die Landesförderung zur stärkeren Nutzung der Energiegewinnung aus Biomasse,
- die personelle Stärkung der Regierungen (Stabstellen), um die Genehmigungsbehörden bei Projekten der Energiewende besser unterstützen zu können,
- die Schaffung der Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) am Landesamt für Umwelt und die Einrichtung der sogenannten Windkümmerer für jeden Regierungsbezirk,
- die Gründungsförderung regionaler Energie-Agenturen,
- der Aktionsplan Solar-Industrie in Bayern,

- die Landesförderung für Ladepunkte für E-Fahrzeuge in Ergänzung der unzureichenden Bundesförderung und
- die Initiative „Verteilnetz und erneuerbare Energien Bayern,“ die alle relevanten Akteure des Ausbaus der für die Energiewende zentralen Strom-Verteilnetze auf Landesebene an einen Tisch bringt und Lösungen für diese Herausforderungen erarbeitet.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin vehement auf Bundesebene für die deutliche Verbesserung der bundesweiten Rahmenbedingungen für den im Zuge der Energiewende notwendigen Transformationsprozesses in zahlreichen Lebensbereichen einzusetzen. Hierzu gehören insbesondere die Sektoren Stromversorgung, Wärme und Verkehr. Hierbei müssen speziell die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit sowohl für alle Unternehmen als auch für private Verbraucherinnen und Verbraucher sichergestellt werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass bestehende Unsicherheiten bei der zukünftigen Finanzierung von Projekten der Energiewende auf Bundesebene schnellstmöglich beseitigt werden und dass der Bund die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Betreiber von EE-Anlagen verbessert, insbesondere

- die pragmatische Anpassung der Rahmenbedingungen zur Realisierung von Floating-PV-Anlagen,
- eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die EEG-Innovationsausschreibungen (EEG=Erneuerbare-Energien-Gesetz), um gerade besonders systemverträgliche Projekte in Kombination mit Batteriespeichern stärker zu unterstützen,
- steuerrechtliche Nachbesserungen, insbesondere hinsichtlich der Zuordnung landwirtschaftlicher Flächen bei PV-Freiflächenprojekten für Zwecke der Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer,
- die Einführung eines verbindlichen Bundeszuschusses zur Abfederung steigender Verteilnetzentgelte und
- eine EEG-Unterstützung für Biogasanlagen im Zeitraum nach der initialen, auf 20 Jahre befristeten EEG-Förderung.

Begründung:

Der Bund ist für die Rechtssetzung im Bereich Energie zuständig. Auch die Förderung von Projekten im Bereich der Energiewende liegt primär in der Zuständigkeit des Bundes. Aufgrund der bundesweit unzureichenden Fördermöglichkeiten aus Bundesmitteln hat der Freistaat freiwillig eigene Unterstützungsangebote geschaffen. Angesichts der bestehenden Unsicherheiten im Bundeshaushalt und immer noch bestehenden Unzulänglichkeiten bei den bundesrechtlichen Rahmenbedingungen für EE-Anlagen ist es weiterhin geboten, dass sich die Staatsregierung für notwendige Kurskorrekturen auf Bundesebene einsetzt. Beteiligte der Energiewende brauchen, auch angesichts oft hoher Investitionssummen, Planungssicherheit. Private wie gewerbliche Energieverbraucher müssen auf zukünftige Versorgungssicherheit wie auch Bezahlbarkeit verlassen können.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Kerstin Schreyer, Dr. Stefan Ebner, Andreas Kaufmann, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Josef Schmid, Steffen Vogel und **Fraktion (CSU)**

Drs. 19/55

Erfolgreicher bayerischer Weg bei der Energiewende

Der Landtag begrüßt die umfassenden, ambitionierten und erfolgreichen Schritte der Staatsregierung für eine nachhaltige und langfristig klimaneutrale Energiewende im Freistaat. Hierzu gehören insbesondere

- das ambitionierte Bayerische Klimaschutzgesetz (BayKlimaG) und das umfassende Klimaschutzprogramm,
- die Reform des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes (BayDSchG) mit dem Ziel, den Denkmalschutz besser mit dem Ausbau von Erneuerbare-Energie-Anlagen (EE-Anlagen) vereinbaren zu können,
- das umfangreiche Informationsangebot des Energie-Atlas Bayern als zentrales Portal der Staatsregierung für Energiesparen, Energieeffizienz und zu erneuerbaren Energien,
- das erfolgreich abgeschlossene Förderprogramm für Photovoltaik (PV)-Speicher-Anlagen,
- die zukunftsweisende Wasserstoffstrategie, welche wir insbesondere durch das Zentrum Wasserstoff.Bayern (H2.B) intensiv vorantreiben, u. a. durch die Landesförderung von Elektrolyseuren und Wasserstoff-Tankstellen,
- die Landesförderung zur stärkeren Nutzung der Energiegewinnung aus Biomasse,
- die personelle Stärkung der Regierungen (Stabstellen), um die Genehmigungsbehörden bei Projekten der Energiewende besser unterstützen zu können,

- die Schaffung der Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) am Landesamt für Umwelt und die Einrichtung der sogenannten Windkümmerer für jeden Regierungsbezirk,
- die Gründungsförderung regionaler Energie-Agenturen,
- der Aktionsplan Solar-Industrie in Bayern,
- die Landesförderung für Ladepunkte für E-Fahrzeuge in Ergänzung der unzureichenden Bundesförderung und
- die Initiative „Verteilnetz und erneuerbare Energien Bayern,“ die alle relevanten Akteure des Ausbaus der für die Energiewende zentralen Strom-Verteilnetze auf Landesebene an einen Tisch bringt und Lösungen für diese Herausforderungen erarbeitet.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin vehement auf Bundesebene für die deutliche Verbesserung der bundesweiten Rahmenbedingungen für den im Zuge der Energiewende notwendigen Transformationsprozesses in zahlreichen Lebensbereichen einzusetzen. Hierzu gehören insbesondere die Sektoren Stromversorgung, Wärme und Verkehr. Hierbei müssen speziell die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit sowohl für alle Unternehmen als auch für private Verbraucherinnen und Verbraucher sichergestellt werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass bestehende Unsicherheiten bei der zukünftigen Finanzierung von Projekten der Energiewende auf Bundesebene schnellstmöglich beseitigt werden und dass der Bund die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Betreiber von EE-Anlagen verbessert, insbesondere

- die pragmatische Anpassung der Rahmenbedingungen zur Realisierung von Floating-PV-Anlagen,
- eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die EEG-Innovationsausschreibungen (EEG=Erneuerbare-Energien-Gesetz), um gerade besonders systemverträgliche Projekte in Kombination mit Batteriespeichern stärker zu unterstützen,
- steuerrechtliche Nachbesserungen, insbesondere hinsichtlich der Zuordnung landwirtschaftlicher Flächen bei PV-Freiflächenprojekten für Zwecke der Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer,
- die Einführung eines verbindlichen Bundeszuschusses zur Abfederung steigender Verteilnetzentgelte und
- eine EEG-Unterstützung für Biogasanlagen im Zeitraum nach der initialen, auf 20 Jahre befristeten EEG-Förderung.

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Florian von Brunn

Abg. Bernhard Pohl

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Florian Köhler

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Walter Nussel

Staatssekretär Tobias Gotthardt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Neustart für die Energiewende in Bayern - Landtag fordert Bericht von Staatsminister Hubert Aiwanger zur Gestaltung der Energiewende in den kommenden fünf Jahren (Drs. 19/35)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)

Erfolgreicher bayerischer Weg bei der Energiewende (Drs. 19/55)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Fraktionsvorsitzenden Florian von Brunn das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir sind uns zumindest unter den demokratischen Fraktionen einig,

(Zurufe von der AfD: Oh!)

dass wir den Ausbau der bezahlbaren und sauberen Energie in Bayern voranbringen müssen. Das ist wichtig für die Menschen, das ist wichtig für die Zukunft, für unsere Kinder, für deren Kinder, es ist wichtig für die Wirtschaft in Bayern.

Offensichtlich gibt es Meinungsunterschiede – zumindest habe ich das im Wahlkampf festgestellt – zum Stand des tatsächlichen Ausbaus der erneuerbaren Energien in Bayern. Ich fände es gut, wenn man die Fläche zugrunde legt und die bereits installierte Leistung darauf bezieht, wenn man nicht bloß die installierte Leistung betrachtet, sondern das, was tatsächlich erzeugt wird.

Man muss leider feststellen, dass wir bei der Photovoltaik im Mittelfeld liegen, dass wir bei der Windkraft relativ weit hinten liegen. Ich kann das gerne mit einer Zahl illustrieren: In Deutschland sind in diesem Jahr insgesamt 630 Windräder neu in Betrieb gegangen, in Bayern 6 – nicht mal ein Hundertstel. Auch bei den Leitungen gibt es viel zu tun. Bei den Batteriespeichern, bei den Großspeichern, bei den Megabatteries liegen andere Bundesländer im Ausbau vor uns.

Über die Geothermie haben wir gerade gesprochen. Mich würde interessieren, Herr Minister Glauber, was denn mit den anderen ungefähr 7.000 Anträgen ist, ob die noch in der Pipeline stecken.

(Staatsminister Thorsten Glauber: Die sind genehmigt! – Staatssekretär Tobias Gotthardt: Haben Sie gehört? Die sind genehmigt!)

– Immerhin sind sie genehmigt. Wir haben tatsächlich auch ein großes Problem mit der Dauer der Genehmigungsverfahren.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das ist mehr als in Berlin!)

– Dass Bayern als größtes Flächenland mehr oberflächennahe Geothermie als Berlin genehmigt, ist nicht verwunderlich.

Das Problem, das wir haben, zeigt sich im Antrag der FREIEN WÄHLER: Wir haben eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen. Wir können nicht erkennen, wie die Ziele im Bereich der erneuerbaren Energien bis 2030 erreicht werden sollen, wie überhaupt die Klimaneutralität bis 2040 erreicht werden soll. Eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen ergibt noch keine Strategie. Wenn man Sie am Ausbaustand misst bzw. an dem, was tatsächlich von den erneuerbaren Energien produziert wird, muss man festhalten: 50 % des Stroms müssen importiert werden, müssen aus anderen Bundesländern kommen, weil wir in Bayern nicht genug produzieren.

Bei anderen Programmen, zum Beispiel Ihrem Förderprogramm für Photovoltaik, muss man festhalten, dass es 2022 eingestellt wurde. Ich weiß nicht, ob Sie das um-

fangreiche Informationsangebot des Energieatlas Bayern ernsthaft als wesentlichen Fortschritt für die Energiewende anführen wollen. Das kann man natürlich tun. Wir hätten von Ihnen gerne mal dargelegt, wie Sie die Ziele im Klimaschutz, wie Sie die Ziele beim Ausbau der erneuerbaren Energien durch konkrete Maßnahmen mit messbaren Zwischenschritten erreichen wollen. Wie wollen Sie es schaffen, bis 2030 tausend neue Windräder zu bauen? Ich habe ernsthafte Zweifel, dass das nur mit dem Staatswald gelingt. Wie geht es weiter – Schritt für Schritt – mit dem Ausbau der Photovoltaik auf den öffentlichen Gebäuden? Wie kommen wir wirklich voran? Wie viel Geld stellen Sie in den nächsten Haushalt ein, um die Geothermie in Bayern voranzubringen? Und wie wollen Sie dafür sorgen, dass wir mehr Megabatterien in Bayern haben?

Deswegen unser Berichtsantrag, weil wir der Überzeugung sind, dass nicht Reden, dass nicht Nach-Berlin-Zeigen und auch nicht Hosenträgerschnalzen die Energiewende in Bayern entscheidend voranbringen.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Staatsminister, Herr Staatssekretär, sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege von Brunn, ich kenne Sie ja schon lange, deswegen weiß ich, wie ich solche Anträge nehmen muss. Ich erkenne aber schon, dass Sie intern großen Nachholbedarf sehen. Sie wollen, dass Ihnen der Herr Staatsminister Hubert Aiwanger Nachhilfe im Bereich der erneuerbaren Energien gibt.

(Florian von Brunn (SPD): Informationen!)

Ich denke, der Herr Staatsminister wird sich dem nicht verweigern

(Florian von Brunn (SPD): Wo ist der denn überhaupt?)

und wird im nächsten Jahr hierzu wahrscheinlich eine Regierungserklärung abgeben. Ich hoffe, dass dann Ihre Erkenntnisdefizite soweit beseitigt sind.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Ja, sehr geehrter Herr Kollege von Brunn: Neustart. – Den Neustart wünschen wir uns in diesem Haus mehrheitlich in Berlin. Da wäre er dringend notwendig. Die bayeerische Energiepolitik war auf einem guten Weg, ist auf einem noch besseren Weg, und weil das Gute immer der Feind des Besseren ist, sind wir natürlich immer bestrebt, alles zu optimieren.

Sie haben einige Bereiche angesprochen. Ich glaube, dazu kann man auch ohne eine Regierungserklärung bereits etwas sagen.

Bayern ist sicherlich nicht das geborene Windland,

(Florian von Brunn (SPD): Na ja!)

im Gegensatz zu Mecklenburg-Vorpommern oder Schleswig-Holstein! Was die an Wind haben, das haben wir an Wasserkraft. Ich meine, man muss halt auch einmal gewisse geografische Fakten zur Kenntnis nehmen.

Wir sind aber nicht nur in der Windkraft ambitioniert unterwegs; hier sind bereits 500 Anträge in der Pipeline. Wir haben auch im Bereich der Solarenergie, wo Bayern in Deutschland unbestritten ganz klar auf Platz eins ist, ehrgeizige Vorhaben. Derzeit: 915.000 Anlagen mit 21,5 Gigawatt – also, das muss uns erst einmal jemand nachmachen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir werden im Bereich der Agri-PV mit einer Modellanlage in Grub, mit Agri-PV-Anlagen in vier Regierungsbezirken zu Demozwecken und auch mit Freiflächen-, Agri- und Moor-PV-Anlagen in Form von Bürgermodellen auf Staatsgütern neue Maßstäbe setzen.

Eines möchte ich an dieser Stelle aber schon auch einmal sagen: Die Energiewende ist nur ein Teil der Wahrheit über die Energieversorgung der Zukunft. Es ist auch und immer ein technologischer Aspekt mit zu bedenken. Wir müssen selbstverständlich auch an Energieformen, Energieversorgung der Zukunft forschen.

Übrigens ist auch das ein Teil der von einigen in diesem Haus gescholtenen, nicht wirklich verstandenen Hightech Agenda. Wir dürfen nicht glauben, dass wir mit den Modellen der Vergangenheit und der Gegenwart alle Probleme lösen können. Wir müssen hier auch massiv in die Forschung gehen. Selbstverständlich gehört zum Beispiel auch – Sie wissen schon, was kommt, deswegen grinst er.

(Florian von Brunn (SPD): Ja, Sie wollen aber zurück zur Atomkraft! Sie haben sich eben selbst widersprochen!)

Wir müssen selbstverständlich auch im Bereich der Kernfusion unsere Forschungsanstrengungen intensivieren.

(Florian von Brunn (SPD): Fusion – also zurück!)

– Die Kernfusion ist zurück, Herr Kollege von Brunn? Ich weiß nicht, wie oft Sie sich jetzt gedreht haben. Es soll ja Bundesminister geben, die sagen, wir brauchen eine Wende, indem wir uns um 360 Grad drehen. So ungefähr kam mir das jetzt auch gerade vor.

(Florian von Brunn (SPD): Wie lange forschen wir jetzt in Bayern ohne Ergebnis an der Fusion?)

Also, die Kernfusion ist nichts aus der Vergangenheit. Zumindest ist mir nicht bekannt, dass auf dem Wege der Kernfusion schon Energie erzeugt wurde. Sie ist eine Möglichkeit, eine Option für die Energieversorgung der Zukunft.

(Florian von Brunn (SPD): Wann ist die denn produktionsfähig? Wann ist die denn einsatzfertig?)

Wir denken ganzheitlich. Wir versteifen uns nicht auf eine Lösung, die immer die Gefahr mit sich bringt, dass man, wenn sie nicht so einschlägt, wie man sich das erhofft hat – so wie die Ampel leider in vielen Bereichen –, auf dem Holzweg ist.

Wir machen Politik für die Zukunft Bayerns. Wir sind auch bei der Energie Modellland für ganz Deutschland. Wir werden das bleiben. Die Nachhilfestunde werden Sie im nächsten Jahr sicherlich bekommen. Ihren Antrag werden wir ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Köhler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kollegen! Wir teilen nicht die Auffassung, dass die erfolgreiche Gestaltung der Energiewende eine der größten Herausforderungen der neuen Legislaturperiode ist. Das ist anscheinend die Meinung der ganz großen Koalition – der SPD zusammen mit den FREIEN WÄHLERN und der CSU. Wir sehen den tatsächlichen Auftrag darin, von Bayern weiterhin diese verfehlte Energiepolitik und Windräder – so gut, wie es geht – fernzuhalten.

(Beifall bei der AfD)

Die SPD will einen Bericht. Den können Sie haben. Der Freistaat Bayern ist naturgemäß ein ungünstiger Standort für Solar- und Windkraft. Trotzdem werden im Freistaat zunehmend Waldflächen für Windkraft gerodet, Ackerflächen zweckentfremdet und historische Bauten durch Solarzellen ihres Charmes beraubt. Darüber hinaus verschandeln Windindustrieanlagen unsere schöne bayerische Landschaft zum Nachteil der Bevölkerung, des Tourismus, der Bestände vieler Tierarten und tragen außerdem zur Austrocknung der Böden bei.

Mit Tiefengeothermie – das haben wir ja gerade gehört – kann vielleicht in Teilen Wärme zur Versorgung der näheren Umgebung gewonnen werden. Die Nutzung der Erdwärme zum Zwecke der Stromerzeugung ist mit einem Wirkungsgrad von deutlich unter 20 % aber viel zu ineffizient.

Zu den Energiespeichern und den gewünschten Infrastrukturausbaumaßnahmen ist zu sagen: Aufgrund der Energiewende konnte im Jahr 2021 Strom im Wert von über 800 Millionen Euro nicht in das Netz eingespeist werden. Wir setzen uns für den Ausbau der Stromtrassen unter Berücksichtigung der Interessen von Anwohnern und Naturschutz ein. Wir möchten Investitionen in robuste Infrastrukturen, sei es Hochwasserschutz, Erschließung neuer Trinkwasserreserven und vieles mehr. Das hat für uns Vorrang vor dem Bau weiterer Windräder.

Unserer Meinung nach sind das auch notwendige Anpassungen an den natürlichen Klimawandel. Diese sind kostengünstiger und schränken die Freiheitsrechte der Bürger im Gegensatz zu Ihrem Versuch der Veränderung des Weltklimas durch eine nutzlose und ziemlich teure Klimapolitik, welche die Freiheitsrechte der Bürger letztendlich massiv beschneidet und lediglich ein Milliardengeschäft für die grüne Klimalobby darstellt, nicht ein.

(Beifall bei der AfD)

Zum Antrag der Regierungskoalition: Wissen Sie, ich habe im Berufsleben gelernt, dass in der Eile auch einmal Fehler passieren. Ehrlich gesagt, Sie haben da jetzt huschpfusch schnell einen Antrag zusammengeschustert und nachgezogen. Sie wollen unter anderem mehr Wasserstoff.

Sie wissen genauso gut wie ich, dass das mit dem grünen Wasserstoff viel zu teuer ist – ein Milliardengrab – und nicht funktionieren wird.

(Beifall bei der AfD)

Sie wollen aber auch mehr Landesförderung für Ladepunkte für E-Fahrzeuge – damit wir die dann am Ende wieder drosseln können. Und natürlich wollen Sie für die Energiewende mehr Personal in den Behörden. Der Subtext ist da ganz klar: Da werden halt im Namen der Energiewende Pöstchen geschaffen. Das ist halt die Folge, wenn man Deindustrialisierung durchsetzt. Die Folge sind dann weniger Arbeitsplätze in der Wirtschaft. Dann müssen freilich auch mehr unproduktive Arbeitsplätze in Behörden geschaffen werden.

Ich sehe es im Kreistag. Wir haben da in Bamberg einen Klimaschutzmanager. Ganz ehrlich: Warum sollen wir jemanden anstellen und mit enormen Mitteln für die Flyerverteilung bei den Akteuren der Energiewende ausstatten? – Entschuldigung, da ist das Geld woanders besser aufgehoben.

(Beifall bei der AfD)

Bayern ist ein Importland für Energie und Energieträger und wird es mit dieser Energiepolitik auch bleiben. Die AfD will nicht nur zurück zur Kernkraft, wir wollen auch die Infrastruktur für den diversifizierten Energieimport ausbauen. Sie hoffen darauf, dass Ihnen das Wetter gnädig ist; aber wir von der AfD sagen: Das Land braucht grundlastfähige, moderne und bezahlbare Energie. Damit wäre allen gedient.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich gebe bekannt, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 19/35 namentliche Abstimmung beantragt hat, und erteile als nächstem Redner Herrn Kollegen Martin Stümpfig für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In diesem Jahr sind in Bayern gerade einmal sechs Windräder gebaut worden. Die Stromimporte steigen. Bei der Geothermie geht nichts voran, und im Leitungsausbau ist alles blockiert. Das ist die derzeitige Bilanz der Staatsregierung. Das

zeigt mehr als deutlich auf, wie groß das Versagen ist. Deshalb werden wir dem Berichtsantrag der SPD-Fraktion natürlich zustimmen, dass wir sagen "Neustart". Wir sind im Wirtschaftsausschuss auch leidensfähig, wenn der Wirtschaftsminister zu uns kommt und mit uns diskutiert. Von daher gesehen ist das dringend notwendig.

Wir lesen zum Bereich Wind im Koalitionsvertrag als Ziel 1.000 neue Windräder. Jetzt sind es nur noch sechs Jahre bis zum Jahr 2030. Walter Nussel, du sprichst nach mir. Wir müssten demnach jedes Jahr 166 Windräder bauen. Wir haben aber in diesem Jahr gerade einmal 6 gebaut. Man kann eins und eins zusammenzählen und sagen: Hier ist noch viel Luft nach oben. Man muss wirklich alle Weichen stellen, zum Beispiel so, dass die 18 Regionalen Planungsverbände bis Ende 2025 ihre Pläne zum Windkraftausbau komplett fertigstellen sollen. Das ist machbar. Das ist umsetzbar. Aber was macht die Staatsregierung? – Sie lässt sich alle mögliche Zeit. Sie lässt sich auch bei den Staatsforsten alle mögliche Zeit. Es werden hochkomplexe Ausschreibungen gemacht, obwohl eigentlich ganz klar ist, dass keine marktbeherrschende Stellung vorliegt. Wir könnten mit Bürgerbeteiligungen und mit Beteiligung der Kommunen viel mehr machen; aber hier wird alles blockiert. So kann es einfach nicht weitergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Photovoltaik: Wenn wir uns die Staatsgebäude anschauen, stellen wir fest: Von den 11.000 staatlichen Gebäuden in Bayern haben gerade einmal 550 Photovoltaikanlagen. Das heißt, auf 95 % der Staatsgebäude ist noch nichts installiert.

Im Koalitionsvertrag heißt es dazu, bis zum Jahr 2025 solle das Potenzial ausgeschöpft werden. Da denkt man sich dann: Das ist doch mal eine Ansage. Aber dann liest man in Pressemitteilungen, "ausschöpfen" heißt bei der Staatsregierung: Von den 11.000 Gebäuden sollen gerade einmal 1.300 mit PV-Anlagen bedacht werden. Das wäre dann eine Ausschöpfung. Das ist doch vollkommen falsch; das würde bedeuten, dass nach Ihrer Meinung fast 90 % der Dächer nicht geeignet sind. Das geht komplett an der Realität vorbei. Man kann heutzutage leichte Module bauen, wenn die Statik

nicht passt. Man kann sie zum Denkmalschutz einfärben. Bei der Verschattung kann man Bypass-Module machen. Alles ist möglich. Also hier die klare Ansage: Machen Sie die Dächer voll! Seien Sie Vorbild für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern! Machen Sie endlich Tempo beim Ausbau der Photovoltaik auf den staatlichen Liegenschaften!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der dritte Punkt, der mir wichtig ist, betrifft die Leitungen. Wir haben ein wahnsinniges Rein und Raus bei den Stromleitungen. Jetzt gibt es doch tatsächlich einen Konsultationsbericht der Staatsregierung von letzter Woche, vom 15.11.2023, in dem es heißt: Wir wollen eine neue HGÜ-Leitung nach Bayerisch-Schwaben, also Gundremmingen.

Wir erinnern uns: Im Jahr 2015 haben die CSU und die FREIEN WÄHLER bei den Leitungen komplett blockiert. Dann hat Seehofer im Bund erreicht, dass der SuedOstLink nicht in Gundremmingen endet, wo ja eigentlich der Verbrauchsschwerpunkt ist, sondern in Landshut. Eine komplett neue Planung musste man jetzt wieder von Anfang an machen. Jetzt, im Jahr 2023, fällt der Staatsregierung ein: Es wäre doch gar nicht schlecht, wenn wir eine HGÜ-Leitung nach Gundremmingen bauen – also von Unterfranken runter durch Mittelfranken bis nach Schwaben. Das ist ein Irrsinn sondergleichen!

Dieses Konsultationspapier geben Sie ab. Die Frist für den Szenariorahmen hat bei der Bundesnetzagentur am 14. Februar 2022 geendet. Sie haben das letzte Woche abgegeben und sagen dann: Wir bräuchten eine neue Leitung. – Wer macht denn bei Ihnen Energiepolitik? Wo findet da noch etwas zusammen? Da passt wirklich kein Stein mehr auf den anderen. Darum sagen wir ganz klar: Wir brauchen dringend einen Neustart der Energiepolitik in Bayern. Lieber Walter, jetzt bin ich gespannt, was du dazu sagen wirst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist der Kollege Walter Nussel für der CSU-Fraktion.

Walter Nussel (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Der Vorredner hat gesagt, er ist gespannt, was ich sagen werde. Lieber Kollege Martin Stümpfig, zum Neustart und auch an die SPD gerichtet sage ich: Ich bin sofort dafür, dass wir es bei Ihnen durchsetzen, dass es bei der Ampel endlich einen Neustart gibt, in dieser Politik, die mittlerweile eigentlich unerträglich ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Herr von Brunn, Sie haben diesen Antrag eingebracht. Ich gehe sogar ein Stück weit mit Ihnen. Wenn Sie es ernst damit meinen, dass wir schneller werden müssen, dann räumen Sie die Hürden in Berlin, wo Sie Einfluss haben, zusammen mit den GRÜNEN aus dem Weg, damit wir endlich schnellere Genehmigungsverfahren bekommen, damit wir endlich von diesem wahnsinnigen Verbandsklagerecht wegkommen, das sehr vieles aufhält. Nehmen Sie diese Hürden in die Hand, und schieben Sie sie beiseite.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Florian von Brunn (SPD): Welche Hürden denn?)

Ich habe hier im Hohen Haus schon öfter angemahnt: Wir können nicht immer nur über Bürokratieabbau sprechen, sondern wir müssen es dann auch tun.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Es ist oft doppelzünftig von allen Seiten, was mir oft vorgelegt wird. Von anderer Seite kommen wieder Anträge, warum das und jenes nicht geregelt ist. Ich bin bestimmt jemand, der auch gegenüber dem Koalitionspartner den Finger ab und zu in die Wunde legt und sagt: Das muss schneller gehen, das müssen wir anders machen, oder wenn man da noch eine Regelung einführt, wird das nicht funktionieren, weil uns das bei den anderen Themen, zum Beispiel bei der Geothermie usw., aufhalten wird.

Wir sind auch dabei. Herr Stümpfig, Sie haben das ja auch ausgeführt: Die Leitungen müssen schneller ausgebaut werden. Wenn ich dann aber mit TenneT – ich habe mit TenneT einen Praxischeck gemacht – an den Leitungen bin, sehe ich, was da dann alles wieder an Auflagen gekommen ist, auch aus den Kommunalparlamenten, die gesagt haben: Hier und da müssen wir noch etwas regeln. – Da muss man ernsthaft einmal anpacken, darf nicht immer nur darüber sprechen, und dann muss man die Hürden einfach beiseiteschieben.

(Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Ich gehe dann den Weg mit Ihnen mit. Herr Stümpfig, dann fahren wir gemeinsam einmal nach Berlin und nehmen mal den Habeck an die Hand und zeigen ihm, wie der Praxischeck tatsächlich stattfindet, nicht so, wie er es jetzt gemacht hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Nach dem miserablen Heizungsgesetz hat er im Frühjahr gesagt, jetzt macht er einen Praxischeck. Ich habe mit seiner Abteilungsleiterin länger telefoniert. Sie hat gesagt: Du, mir sind die Hände gebunden; ich kann das nur aus dem Wirtschaftsministerium machen. Die anderen Ministerien wurden völlig außen vor gelassen. – So kommt es sicherlich nicht zu einer Beschleunigung von Baumaßnahmen in unserem Land.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb brauchen wir hier einen Neustart. Da bin ich ganz bei euch.

(Florian von Brunn (SPD): In Bayern!)

Bei Photovoltaikanlagen – ich hatte das angeregt – hat das Bundesumweltministerium einen Abstand vom Ufer eingeführt. Das kann mir gar keiner begründen. Ich habe gesagt: 5 Meter Abstand müssten doch reichen, dann kommt auch jeder Schwan aus dem Wasser. Mir kann das keiner begründen, warum das 50 Meter weit weg sein muss.

Das sind Dinge, das sind Hürden, die selber aufgebaut wurden. So können wir das nicht forcieren. Deswegen: Gehen Sie auf Ihre Leute zu. Räumen Sie diese Hürden weg. Ich glaube, dann hätten wir viel mehr für die Grundversorgung unserer Bevölkerung erreicht. Das muss unser Auftrag sein, auch hier vom Hohen Haus aus. Wir müssen die Grundversorgung der Bevölkerung sichern, und zwar mit einer viel höheren Geschwindigkeit – da bin ich bei euch. Das muss in der neuen Legislaturperiode auf den Weg gebracht werden. Wir gehen mit dem Wirtschaftsministerium und dem Umweltministerium, denke ich, einen Weg. Ich hoffe, dass das dann auch umgesetzt wird, damit die Grundversorgung für den Strom, den wir hier vor Ort brauchen, für den Mittelstand und die Industrie und für den einzelnen Bürger gesichert ist. Da kann man hier viele Anträge schreiben und das immer wiederholen. Herr Stümpfig, auch wenn wir noch 5.000 Windräder in Deutschland aufstellen, wird das für die Grundversorgung unseres Landes nicht reichen. Wir brauchen Energie, die beständig vorhanden ist.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen sollten wir uns nicht immer nur im Kleinen verlieren, sondern wir müssen im Großen denken und müssen so auch handeln. Wir müssen das letztendlich auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung liegt von Herrn Kollegen Martin Stümpfig vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Lieber Kollege Nussel, lieber Walter, du hast jetzt fünf Minuten gesprochen, hast aber zu den Themen, die man in Bayern angehen kann, kein einziges Wort gesagt. Das war wirklich wieder nur, was denn in Berlin getan werden müsste usw. Packt doch hier endlich mal an!

Zu den drei Themen, die ich in meiner Rede angesprochen habe, gehört zum Beispiel erstens die Windkraft in den Staatsforsten. Hier muss man wirklich sagen: Wir können

hier andere Ausschreibungen machen. Wir müssen sie nicht so hochkomplex gestalten. Das Zweite sind die staatseigenen Liegenschaften. Die Photovoltaikanlagen müssen hier wirklich angepackt werden. Das Dritte besteht darin, dass sich die Staatsregierung solche Konsultationsbeiträge zum Leitungsbau wirklich spart und endlich einmal mit einer Stimme spricht, und nicht wieder die ganze Zeit mal rein, mal raus aus den Kartoffeln. Das sind alles offene Punkte. Da kann man dann weitergehen, ob das dann die Siedlungsentwicklung bei Photovoltaikanlagen oder anderes ist. Das könntet ihr endlich aufheben. Da kann ich so viele Punkte ansprechen, die man in Bayern macht. Die Forderungen in dem Papier, das ihr da als nachgezogenen Dringlichkeitsantrag eingebracht habt, sind allesamt kleinste Maßnahmen,–

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Stümpfig, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Martin Stümpfig (GRÜNE): – die zeigen, dass nichts vorangeht.

Walter Nussel (CSU): Herr Kollege Stümpfig, ich habe mir das etwas erspart, weil wir Woche für Woche im Wirtschaftsausschuss das, was Sie uns da jede Woche vorpredigen, beantworten. Ich erspare das dem Hohen Haus, weil es manchmal echt unerträglich ist. Das muss ich dazu sagen. Deswegen sage ich darauf bloß ganz kurz: Ich habe den Leitungsbau, der schneller gemacht werden muss, und andere Themen angesprochen, bei denen wir Hürden aus dem Weg räumen müssen. Da sind uns in Bayern auch die Hände gebunden. Wir müssen das miteinander auch in Berlin hinbringen, und dann, glaube ich, sind wir da auf dem richtigen Weg. Wir werden uns im Wirtschaftsausschuss wahrscheinlich weiterhin Ihre Anregungen anhören müssen, aber wir werden auch darauf antworten.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Nussel. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Tobias Gotthardt das Wort.

Staatssekretär Tobias Gotthardt (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Haben Sie keine Sorge, ich mache es nicht zu lange. Sehr viel Richtiges ist schon gesagt worden von den Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER und der CSU

(Florian von Brunn (SPD): Von SPD und GRÜNEN, ja!)

– jenseits des Antrags der SPD. Ich möchte bloß mal zwei Dinge klarstellen: Zum einen erwecken Sie den Eindruck, der Minister würde sich zu den Themen Energie

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

unzureichend oder nicht oft genug äußern. Ich glaube, Sie müssen auch mehr die Medien lesen.

(Unruhe)

Wenn es in Bayern jemanden gibt, der sich zu Themen der Energie äußert, dann ist es unser Minister Aiwanger.

(Florian von Brunn (SPD): Er hat mich leider blockiert, ich kann seine Tweets nicht lesen!)

– Ich rate Ihnen, sowohl die Tweets zu lesen als auch alles zu hören, was er dazu sagt. Ich glaube, das ist eine gute Quelle; aber ich bin auch sicher – der Kollege Pohl hat es schon gesagt –: Er wird sich auch nicht gegen einen Bericht oder eine Regierungserklärung wehren. Das wird er mit großer Leidenschaft und fachlicher Tiefe tun.

Ich wollte noch ergänzen: Herr Kollege von Brunn, mich ärgert es immer ein bisschen, wenn Sie immer anfangen, dann Zahlen schlechtzureden, die in Bayern eigentlich gut sind, indem Sie anfangen, die irgendwie mit der Landesfläche und dem Alter Ihrer Großmutter zu multiplizieren.

(Florian von Brunn (SPD): Also, Sie sind gegen seriöse Berechnungen?)

Wir sind definitiv in der installierten Leistung

(Florian von Brunn (SPD): Sie haben es immer noch nicht verstanden!)

bei PV, bei Bioenergie, bei Wasserkraft führend, also in der installierten, funktionierenden Leistung.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Ziehen Sie zum Beispiel die Windkraft heran: Da haben wir grundlegende Veränderungen vorgenommen, und wir sehen das auch in den Zuwachszahlen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Die Rede ist immer davon: Wir haben in diesem Jahr sechs gebaut. Ja, aber wir haben in diesem Jahr auch ein Plus an 14 Genehmigungen und 30 Anträgen, und wir haben, weil Sie die Staatsforste angeführt haben, ein strategisch sehr wichtiges Instrument herangezogen: Wir haben die Staatsforste herübergezogen ins Wirtschaftssystem, weil wir wissen, dass das ein gut handzuhabender Ansatz ist, um die Prozesse voranzubringen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir haben aktuell Initiativen zu 500 Windrädern. Ziel bleibt, die 1.000 zuzubauen und das Ganze auch mit dem ökologischen Waldumbau zu verbinden.

Dann muss ich schon sagen – da hat auch der Kollege Nussel recht –, dass es einiges gibt, was Sie im Bund verbessern können. Wir haben in der Oberpfalz zwei Truppenübungsplätze. Das heißt: Wir haben in vielen Bereichen militärische Interessen, die den Windrädern entgegenstehen. Da können Sie was tun. Da können Sie vereinfachen und realistischere Maßnahmen ansetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Dann haben wir auch in der PV die Spitzenmenge, und zwar weit vor Baden-Württemberg und NRW. Wir sind ungefähr bei 59.000 Anlagen mit 21,5 Gigawatt.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Dahinter kommt auf Platz zwei aktuell Baden-Württemberg mit 960 Megawatt an installierter Leistung, also deutlich weniger als die, die Bayern hat. Wir sind da an der Spitze. Sie nehmen dann den Zuwachs, der irgendwo aus einem Gesamtprozess herausgegriffen ist, innerhalb dessen wir weit vorne liegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Da ich von Zuwachs rede, möchte ich, dass Sie den Zuwachs in Bayern wirklich sehen: Ich nehme die Zahlen von Ende 2022; da hatten wir 57.000 Anlagen mit 18,6 Gigawatt Leistung installiert. Jetzt – die Zahlen habe ich Ihnen genannt – sind es 21,5 Gigawatt. Das ist ein Plus von 15 % seit Ende 2022. Jetzt reden Sie mir doch das, bitte schön, nicht schlecht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist eine Riesenleistung, die wir da installiert haben. Wir sind auch noch – nicht nur bei den PV-Anlagen in der Fläche – auf den Dächern führend; wir sind auch die, die deutschlandweit am allermeisten auf innovative Lösungen setzen, zum Beispiel PV auf Wasserflächen und Agri-PV. Da sind wir auch federführend. Auch vorausschauend haben wir die Nase vorn, und auch das lassen wir uns nicht schlechtreden. Da sind wir gut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben die Gebäude des Freistaats angeführt: Wir haben da bis 2025 eine Investitionssumme von 125 Millionen Euro eingestellt, um diesen Zubau möglich zu machen. Auch da sprechen die Zahlen für sich. Sagen Sie mir ein Land, das in den nächsten

zwei Jahren so viel investiert, um zuzubauen. Ich glaube, da werden Sie keines finden, das so gut ist wie Bayern.

Zur Geothermie haben wir schon einiges gehört, was mir da auch wichtig ist. Herr Kollege Stümpfig, hören Sie doch, bitte schön, auf mit Ihrer Pippi-Langstrumpf-Politik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Heiterkeit des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir machen das, was machbar ist, und zwar vernünftig. Diesen Weg gehen wir solide, auch wenn es vielleicht ein Jahr länger dauert; aber dann haben wir wenigstens eine vernünftige Lösung und nicht irgendwas dahingewurstelt. Wie man dahingewurstelt, das wissen Sie in Berlin viel besser als wir hier in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: So ist das!)

Auch bei den Energiespeichern sind wir doch in der Innovation und in der Forschung vorne dran. Auch da sind wir in dem, was wir an Programmen auflegen, vorne dran. Auch da tun wir mehr als andere Länder. Wir haben zum Beispiel auch bei den Pumpspeicherkraftwerken einiges unternommen, um in Bayern die Kapazitäten zu nutzen. Neu war aber auch die Sanierung bestehender Anlagen, um auch da riesengroße Speicherkapazitäten zu schaffen.

Weil ich gerade von Innovation rede, sage ich: Auch da gehen wir weiter. Wir sind zum Beispiel federführend, was die Forschung für die Kernfusion betrifft. Wir denken also nicht nur die nächsten 5 Jahre, sondern wir denken 15, 20, 40, 50 Jahre voraus, und auch da wirklich mit Hand, Fuß und Hemdsärmeligkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen – ich habe versprochen, es nicht zu lang zu machen – ist mir wichtig: Sie bekommen Ihren Bericht vom Minister. Ich bin mir sicher, Sie werden auch weiterhin

viel von ihm hören; aber bitte respektieren Sie, dass wir in Bayern die Energiewende machen und nicht nur darüber reden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor, die erste von Herrn Kollegen Martin Stümpfig vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatssekretär Gotthardt, Sie sind jetzt neu in dem Amt, und ich wollte nur mal darauf hinweisen: Es geht nicht um installierte Leistungen, wenn wir darüber reden, wer vorne ist, sondern es geht darum, was hinten dabei rauskommt, nämlich: Wie viel Strom wird erzeugt? – Da war Bayern bis zum Jahr 2016 wirklich führend unter allen Bundesländern. 2016 sind wir dann von Nordrhein-Westfalen überholt worden. Seitdem sind andere Bundesländer weit vor uns. Die Staatsregierung setzt ganz einseitig auf Photovoltaik. Photovoltaik kann aber mit einer installierten Leistung von einem Kilowatt-Peak nur 1.000 Kilowattstunden erzeugen. Da sind wir bei der Windkraft beim Zweieinhalbfachen. Das ist doch der Punkt: Kein Bundesland in Bayern – –

(Staatssekretär Tobias Gotthardt: Es gibt zum Glück kein weiteres Bundesland in Bayern, ja!)

– Kein Bundesland in Deutschland importiert so viel – hören Sie zu, bitte – wie Bayern. Über 40 Terawattstunden haben wir gerade einmal, die wir hier mit erneuerbaren Energien erzeugen. Wir müssen 10 Terawattstunden importieren. Kein anderes Bundesland importiert so viel. Wir laufen wirklich in einen Bereich hinein, in dem wir sagen: Strompreiszonen drohen, weil Sie es nicht schaffen, die erneuerbaren Energien in Bayern auszubauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Stümpfig. – Herr Staatssekretär, bitte.

Staatssekretär Tobias Gotthardt (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Also, das Beispiel mit der installierten Leistung ist ungefähr so, als käme mein zehnjähriger Sohn zu mir und würde sagen: Das, was ich an Taschengeld habe, zählt nicht. Es zählt nur das, was du mir in Zukunft geben könntest. – Das stimmt nicht. Es zählt natürlich das, was da ist, was man hat. Wenn Sie davon sprechen, dass wir Importeur sind: Ja. Ich sage Ihnen aber auch, woher das kommt. Das kommt daher, dass Bayern wirtschaftlich so erfolgreich ist. Wirtschaftlich erfolgreich zu sein und Zuwachs zu haben, kostet Energie. Diesen Energiebedarf müssen und werden wir versorgungssicher decken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Eine kleine Vorbemerkung zu meiner Zwischenbemerkung: Sie sollten sich bezüglich der Wasserkraft nicht so sehr auf die Schulter klopfen. Das habe ich schon einmal gesagt. Die Wasserkraft gibt es schon seit über 100 Jahren. Ich nehme jetzt einmal den Betrieb des Walchenseekraftwerks. Ich glaube, das ist Anfang der 1920er-Jahre in Betrieb gegangen.

Staatssekretär Tobias Gotthardt (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Und vor zwei Jahren wäre es fast ausgefallen.

Florian von Brunn (SPD): Damals gab es in Bayern weder die FREIEN WÄHLER noch die CSU. Insofern sollten Sie sich da mit Selbstlob ein bisschen zurückhalten.

Ich wollte aber etwas zu den Vergleichen sagen; Sie haben gerade auch einen schönen gebracht. Wissen Sie, wenn ein bäuerlicher Betrieb mit 100 Hektar sagt, ich produziere mehr als der Betrieb mit 10 Hektar, dann ist das nicht sehr aussagekräftig.

Aber bei Ihnen ist das mit der installierten Leistung nicht einmal so, sondern da kommt der bäuerliche Betrieb mit 100 Hektar und sagt: Ich habe den größeren Traktor. – Und darauf sind Sie dann stolz. Also, wenn Sie seriöse Berechnungen anstellen wollen, dann müssen Sie die tatsächliche Produktion von Energie auf die Fläche beziehen. Alles andere ist reine Propaganda.

(Beifall bei der SPD)

Staatssekretär Tobias Gotthardt (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Herr von Brunn, wenn Sie seriöse Politik betreiben wollen, dann müssen Sie auch sagen, dass Fläche nicht gleich Fläche ist. In Bayern haben wir zum Beispiel Berge, wir haben Täler, wir haben Höhen, wir haben Tiefen. Wir haben nicht einfach ein ödes Flachland wie andere Regionen.

(Unruhe bei der SPD)

Das heißt, bei uns gilt ein anderer Ansatz als in anderen Ländern, wenn Sie beispielsweise Photovoltaik bauen wollen. Auch das gehört zur Wahrheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Johannes Becher (GRÜNE): Da werden die anderen Länder begeistert sein, wenn wir sie als ödes Land bezeichnen!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatssekretär Gotthardt. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, wir kommen zu Abstimmung. Hierfür werden die Anträge wieder getrennt.

Wir stimmen zuerst in einfacher Form über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen FREIE WÄHLER und CSU auf der Drucksache 19/55 in einfacher Form ab. Das ist der Antrag der Regierungsfractionen.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU. Gegenstimmen! – Das sind

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und AfD. Enthaltungen? – Keine. Damit wurde dem Dringlichkeitsantrag zugestimmt. Er ist angenommen.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 19/35. Sie wissen sicherlich, wie die namentliche Abstimmung funktioniert. Sie haben das als gut ausgebildete Abgeordnete alles prima gelesen. Für diejenigen unter Ihnen, die das vielleicht nicht getan haben, fasse ich, für uns alle, noch einmal narrensicher zusammen.

(Michael Hofmann (CSU): Von denen sind vielleicht ein paar hier drin! – Heiterkeit)

– Ich meine niemanden persönlich, Herr Parlamentarischer Geschäftsführer. Bevor ich die Abstimmung eröffne, möchte ich Sie kurz auf die neuen Abstimmungsmodalitäten hinweisen. Ich fasse für Sie die wichtigsten Schritte zusammen: Stecken Sie bitte Ihren Abgeordnetenausweis oder jede Ersatzkarte in den Kartenslot oben in Ihrer Sprechstelle. Haben alle Abgeordneten die Karten dabei?

(Heiterkeit)

Sie müssen sich jetzt nicht namentlich bei uns melden, wir wollen niemanden outen. Falls aber jemand die Karte – Abgeordnete ticken manchmal so – nicht dabei hat, dann kann derjenige zu Frau Dr. Corlazzoli gehen. Sie wird Ihre namentliche Abstimmung händisch registrieren. Ich gehe aber davon aus, dass 100 % aller anwesenden Abgeordneten natürlich das digitale Kärtchen dabei haben.

(Heiterkeit)

Das machen wir nur heute so, also nur ausnahmsweise. Das nächste Mal haben Sie dann alle die Karten dabei.

Sobald die Abstimmung eröffnet ist, werden die möglichen Voten im Display der Sprechstelle angezeigt. Sie können nun durch Drücken der entsprechenden Taste

"Ja", "Enthaltung" oder "Nein" als Ihr Votum auswählen. Wenn Sie die Taste "Senden" drücken, wird Ihre Abstimmung bestätigt und an das System zur Auswertung übermittelt. Nach Übermittlung der Abstimmung erscheint Ihr Votum mit Haken. Durch Drücken der Taste "Löschen" können Sie Ihre abgegebene Stimme innerhalb des Abstimmungszeitraumes beliebig oft löschen und den Abstimmungsvorgang erneut starten. Sie müssen das aber nicht beliebig oft löschen und neu starten, auch wenn das neue Tool Spaß macht. Sie können die erste Abstimmung auch einfach gültig lassen. Also, sollten Sie jetzt noch Fragen haben, dann können Sie sich gerne an die anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Plenarreferates wenden. Ich würde aber sagen, wir versuchen es jetzt einfach einmal. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Beifall – Namentliche Abstimmung von 14:34 bis 14:38 Uhr)

Konnten alle Abgeordneten ihre Stimme abgeben? – Das scheint der Fall zu sein. Sie hätten jetzt noch die Gelegenheit, bei Frau Dr. Corlazzoli vorzusprechen. Alle abgestimmt? – Das hat soweit ganz ordentlich funktioniert.

Ich schließe die Abstimmung. Bis zum Vorliegen des Abstimmungsergebnisses fahren wir in der Tagesordnung fort.

(...)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zunächst zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Neustart für die Energiewende in Bayern – Landtag fordert Bericht von Staatsminister Huber Aiwanger zur Gestaltung der Energiewende in den kommenden fünf Jahren" auf Drucksache 19/35. Mit Ja haben 43, mit Nein 118 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt und wir haben die Gewissheit, dass alle Abgeordneten das neue Abstimmungssystem verstanden haben und dass es funktioniert.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 30.11.2023 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion SPD; Neustart für die Energiewende in Bayern
- Landtag fordert Bericht von Staatsminister Hubert Aiwanger zur Gestaltung der Energiewende in den kommenden fünf Jahren (Drucksache 19/35)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen			
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg				Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl		X	
Baur Konrad	X			Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes	X			Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara	X		
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert			
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric		X		Gerlach Judith			
Bergmüller Franz				Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas				Goller Mia			
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin		X		Graupner Richard			
Börtl Maximilian		X		Grißhammer Holger	X		
Bozoglu Cemal	X			Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Groß Johann			
von Brunn Florian	X			Gross Sabine	X		
Dr. Brunnhuber Martin		X		Grossmann Patrick		X	
Dr. Büchler Markus	X			Guttenberger Petra			
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren	X			Hartmann Ludwig	X		
Dierkes Rene		X		Hauber Wolfgang		X	
Dierl Franc		X		Heinisch Bernhard		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heisl Josef		X	
Dietz Leo				Dr. Herrmann Florian		X	
Dorow Alex				Herrmann Joachim		X	
Dremel Holger		X		Hierneis Christian	X		
Dünkel Norbert				Högl Petra			
				Hofmann Michael		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Martin Andreas		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas			
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzinger Stephan			
Osgyan Verena			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia	X		
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias			
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton		X	
Roos Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner		X	
Schmid Franz		X	
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	43	118	0